

AKTUELLE POST



aus dem Kreistag (18)

14. Februar 2014

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Die erste Kreistagssitzung im Jahr 2014 fand am 12. Februar statt und war ziemlich kurz. Aber im Hintergrund spielt sich Einiges ab: „Modellregion Inklusion“, Schülerverkehr, Nahverkehr. Darüber berichten wir in dieser „Post“.

Unser Dringlichkeitsantrag: Schülertransport Büdingen/Konradsdorf

Eine Elterninitiative setzt sich schon fast zwei Jahre dafür ein, dass etwa 200 Kinder aus Richtung Büdingen zur Gesamtschule Konradsdorf transportiert werden. Darüber stand viel in der Zeitung. Darüber wurde auch wiederholt im Kreistag und in den Ausschüssen diskutiert. Bisher ohne Ergebnis.

Es werden nur dann im kommenden Schuljahr 2014/2015 zwischen Büdingen und Konradsdorf Schulbusse verkehren, wenn für die Planung genügend Zeit ist und die Finanzmittel rechtzeitig genehmigt werden.

Deshalb haben wir einen Dringlichkeitsantrag gestellt.

Darin heißt es:

„Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Klärung der Busverbindungen und den Planungen der Gesamtschule Konradsdorf für das kommende Schuljahr. Eine Lösung für die Busverbindungen müsste auf der Kreistagssitzung am 12. Februar erfolgen, da eine Verschiebung auf die Sitzung des Kreistags Ende März keine Planungssicherheit bietet.“

Wir argumentierten:

Die Schulanmeldungen gehen bis 5. März. Anmeldung und Schulplanung hängen auch von der Erreichbarkeit der Schule ab. Würden Sie ihr Kind an einer Schule anmelden, wenn nicht sicher wäre, dass der tägliche Transport gewährleistet ist?

Es kann nicht sein, dass der Schulbesuch und die Teilnahme am Ganztagsangebot davon abhängen, ob Eltern bzw. Bekannte/Verwandte die Kinder fahren können oder nicht.

Für die Kinder aus Richtung Büdingen ist Konradsdorf attraktiv, weil sie dort G9 vorfinden, weil die Schule als Gesamtschule anders arbeitet, als das Wolfgang-Ernst-Gymnasium. Es gibt eine Förderstufe, Musikklassen, Theater – um nur einiges zu nennen. Mehr Zeit zum Lernen war ja auch eine Forderung von SPD und Grünen im Landtagswahlkampf. Deshalb setzen wir eigentlich Verständnis voraus.

Doch unser Antrag wurde abgelehnt. Nur die FWG stimmte dafür – alle anderen dagegen: SPD, Grüne, FDP und CDU. Über die Busse soll nun auch nicht im März, sondern erst im Juni entschieden werden.

Hier der Antragstext zur Kenntnis:

*„Der Kreisausschuss erarbeitet mit der VGO **und** der Eltern-Businitiative so zeitnah eine Lösung für den Schülerverkehr Büdingen/Konradsdorf, dass diese für das kommende Schuljahr 2014/15 Gültigkeit hat.*

Der Vorschlag der Eltern-Businitiative dient als Grundlage der Lösung:

Der „Verstärkerbus“ (derzeit ab Bleichenbach) soll morgens in Büdingen starten und über Dudenrod, Wolf, Büches, Rohrbach, Aulendiebach und Bleichenbach die Schüler/innen zur ersten Schulstunde bringen. Nach der elften Stunde (Ganztagsangebot) sollen alle öffentlichen Buslinien an der Strecke auch die Haltestelle „Schulzentrum-Konradsdorf“ anfahren.“

Die Kosten für die Verwirklichung des Vorschlags der Eltern-Businitiative liegen bei 25 000 Euro - maximal 60 000 Euro. Im Ausschuss für „Regionalentwicklung, Umwelt und Energie“ wurde beschlossen, dass die Stadt Büdingen mindestens die Hälfte dieser Kosten übernehmen soll. Warum sollte Büdingen das tun? Sie sind dazu nicht verpflichtet. Der Kreis ist Schulträger. Die Städte und Gemeinden bezahlen immerhin Schulumlage an den Kreis – und diese wurde erst im letzten Jahr deutlich erhöht! Warum tritt der Kreisausschuss nicht an die Landesregierung heran? Warum konfrontieren sie die Landesregierung nicht mit den Problemen hier vor Ort? Wer von „freier Schulwahl“ redet, muss auch dafür sorgen, dass diese Schulwahl erfolgen kann – auch auf dem „platten Land“.

Und mal abgesehen davon: von 25 000 Euro würde der Wetteraukreis nun auch nicht mehr ärmer.

„Modellregion Inklusion“ wurde beschlossen

Der Wetteraukreis traf mit dem Land Hessen eine Kooperationsvereinbarung über die „Modellregion inklusive Bildung im Wetteraukreis“. Dieser Vertragsabschluss kam unter enormem Zeitdruck zustande. In den letzten Amtstagen der scheidenden Kultusministerin Beer wurde er unterzeichnet.

Wir haben im Bildungsausschuss diese Hast kritisiert. Es gab keine ausreichenden Auskünfte zum Konzept der Modellregion – weder inhaltlich noch organisatorisch. Doch Herr Betschel-Pflügel verwies darauf, dass der Hochtaunuskreis uns schon überholt hätte und wir nun dringend einen Vertragsabschluss bräuchten. Wir machten deutlich, dass wir kein Wettrennen mit dem Hochtaunuskreis ausfechten, sondern dass es um eine gute Konzeption gehen müsste. Doch vergeblich.

Wir hatten in der vergangenen Kreistagssitzung gegen diesen Kooperationsvertrag gestimmt. Wir wollten auch die kritischen Stimmen hören und genug Zeit haben für inhaltliche Überlegungen.

Was kritisieren wir? Ist *DIE LINKE*. nicht für Inklusion?

Doch, das sind wir. Doch hier wurde schlampig gearbeitet. Unklar ist, ob Unkenntnis oder Sparabsichten diesem Umgang mit dem wichtigen Thema Inklusion zu Grunde liegen.

1. Die Kreisspitze hat es nicht für nötig gehalten, kritische Stimmen anzuhören. Die Schulkonferenz, bzw. Kollegen/Kolleginnen der Erich-Kästner-Schule Konradsdorf wurden nicht eingeladen. Gabi Faulhaber hatte das im Ausschuss angeregt, weil dort interessante Vorschläge erarbeitet worden sind. Doch von Alternativen Ideen wollte man nichts wissen.

Für eine sachliche und zukunfts feste Entscheidung braucht man aber ein möglichst umfassendes Bild.

Und auch der überhastete Vertragsabschluss stand einer ausreichenden Beratung um ein gutes Konzept entgegen.

2. Im Vertrag §1, Absatz 2 steht: *„Die Umsetzung ... im Einzelnen erfolgt nach einer ... Gesamtkonzeption, die eine Vereinbarung zur Projektstruktur einschließt.“*

Weder eine Gesamtkonzeption noch eine Projektstruktur wurde den Kreistagsabgeordneten zur Kenntnis gebracht. Dass die anderen Fraktionen dennoch für diesen Vertrag gestimmt haben, ist ihr Problem. Wir haben es nicht getan.

Soll man die Katze im Sack beschließen? Wir beschließen einen Vertrag aber die inhaltlichen Teile des Vertrags kennen wir nicht? Nicht mal als grobe Richtung? Tut uns leid, aber es gibt so viele unsinnige, elitäre und unsoziale Konzepte auf diesem Gebiet, dass für uns ohne inhaltliche Aussagen kein Vertragsabschluss möglich ist!

3. Dann steht das Ganze auch noch unter Haushaltsvorbehalt: §9, Absatz 2. Dort steht: *„Falls der Hessische Landtag oder der Kreistag des Wetteraukreises die ... notwendigen haushaltsrechtlichen und baulichen Voraussetzungen für die Fortführung des Projekts Modellregion Inklusive Bildung im Wetteraukreis nicht schaffen, ist jeder Teil berechtigt, diese Vereinbarung mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende des laufenden Schuljahres zu kündigen.“*
- Es handelt sich also keinesfalls um ein zukunftsfestes Modell, wenn der Vertrag bei Geldknappheit – und die gibt es ja dauernd – in 6-Monatsfrist gekündigt werden kann.

Im Übrigen ist auch die Erreichbarkeit einer Schule ein Kennzeichen für Inklusion. Die Möglichkeit, Ganztagsangebote zu nutzen, ohne dass einen die Eltern fahren müssen, ist Inklusion. Der ganze Hick-Hack um den Bus Büdingen/Konradsdorf lässt nichts Gutes ahnen.

Außerdem muss eine „Modellregion Inklusion“ konzeptionell eine Bildung von Anfang an umfassen (wie die letzte Landesregierung es so schön beschlossen hat).

Und sie muss auch sehen, was aus den Schüler/innen wird. Dazu bedarf es eines Konzepts, das auch Vorschulerziehung, Abschlüsse, Berufsförderung und Ausbildung beinhaltet.

Zuletzt stellen wir noch eine Frage: Warum wird eine „Modellregion“ geschaffen? Gibt es in Hessen noch keine Vorstellungen von Inklusion?

Es gab einen Modellversuch „begabungsgerechtes Lernen/ begabungsgerechte Schule“ im Landkreis Offenbach. Dieser Versuch ist 2013 ausgelaufen. Doch seine Ergebnisse wurden weder ausgewertet noch diskutiert. Es wurde nicht geschaut, was auf Hessen übertragbar wäre oder verworfen werden müsste.


Irgendwie kommt man auf die Idee, dass es den verantwortlichen Politikern gar nicht um die Erprobung von brauchbaren Wegen zu Inklusion ging. Es ging wohl eher darum, der uninformierten Öffentlichkeit vorzugaukeln, dass man „sozial vorangekommen“ und auf dem Weg zu einem „inkluisiven Schulsystem“ sei. Hierbei sind die gewählten Begrifflichkeiten „Modell“, „Versuch“ oder auch „Modellregion“ wesentliche Täuschungsmittel.

Noch mehr Probleme im Schülerverkehr

Wir erhielten Kenntnis von einem Brief der Förderschule Konradsdorf an Eltern. Darin wird deutlich, dass es beim Schülertransport noch weitere Probleme gibt. Die Schule schrieb diesen Brief, weil die VGO (Verkehrsgesellschaft Oberhessen) keinen Transport übernehmen will. Wegen zwei Schülern einen Umweg zu fahren, kostet Geld. Und die Politik hat beschlossen: es soll beim Nahverkehr gespart werden.

Diese Eltern fahren ihre Kinder schon längere Zeit mit dem Auto zur Haltestelle im Nachbarort. Doch das kann nicht die Lösung sein. Nicht jeder hat ein Auto oder Zeit, seine Kinder zu fahren. Und weil irgendwelche Umgestaltungen in der „Modellregion Inklusion“ stattfinden, kann man ja nicht einfach Eltern dafür verantwortlich machen. Wir werden das Thema auf jeden Fall ein bisschen kochen. So geht das nicht! Die Mutter hat die Nase voll und möchte Öffentlichkeit herstellen.

ERICH KÄSTNER-SCHULE
Schule mit den Förderschwerpunkten
Lernen und emotionale und soziale Entwicklung
Sonderpädagogisches Beratungs- und
Förderzentrum des Wetteraukreises
in Ortenberg Konradsdorf



Erich Kästner-Schule 63683 Ortenberg Am Kloster 9

Familie
Nancy u. Michael Schreiber
Bornweg 1
63688 Gedern-Nieder-Seemen

Telefon 06041 / 5333
Telefax 06041 / 821008
E-Mail: poststelle@ekko.ortenberg.schulverwaltung.hessen.de

Dienststellen-Nr. 4745

11. Februar 2014

Ihre Anfrage Schülerbeförderung Kevin und Leon

Sehr geehrte Familie Schreiber,

nach Rücksprache mit Herrn Kunold (Fachdienstleiter Schule) gilt für den Transport Ihrer Söhne folgendes:

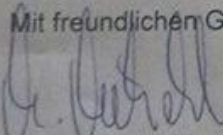
Kevin und Leon können in diesem Schuljahr nicht am freigestellten Schülerverkehr ab Nieder-Seemen teilnehmen, da es dort keine Anbindung gibt. Nieder-Seemen befindet sich nicht mehr im Schulkreis der Erich Kästner-Schule, sondern im Schulkreis der Gudrun-Pausewang-Schule.

Da die GPWN zum August 2014 keine Schüler mehr aufnehmen wird, ist hier der Busverkehr in der östlichen Wetterau neu zu regeln, da die Erich Kästner-Schule die einzige verbleibende Angebotsschule mit Klassen sein wird.

Als Schulleiter bedaure ich Ihnen sagen zu müssen, dass eine derzeitige Transportlösung nicht möglich ist. Bitte wenden Sie sich im Juli 2014 an die vgo (Tel.: 06031/7175-240) Hr. Rüdiger Frost, der Ihnen dann Näheres sagen.

Wir möchten Sie nochmals darauf hinweisen, dass für Ihre Kinder, auch wenn Sie auf Gestattung die Schule besuchen, Schulpflicht besteht und Sie derzeit für den Transport und Schulbesuch Ihrer Kinder verantwortlich sind.

Mit freundlichen Grüßen



Markus Metzeld
(Schulleiter)

Nachrichtlich:
Vgo, Rüdiger Frost, Europaplatz – Geb. A, 61169 Friedberg



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi